

Schleswig-Holstein / Hamburg

Nachrichten

Personen auf Rollfeld:
Airport kurzzeitig gesperrt

HAMBURG Zwischenfall gestern am späten Abend am Hamburger Flughafen: Der gesamte Bereich war um 20.24 Uhr abriegelt worden. Wie ein Sprecher der Bundespolizei bestätigte, konnte der Helmut-Schmidt-Airport um 21.35 Uhr wieder freigegeben werden. Polizeisprecher Timo Zill sagte, dass zwei Personen gegen 19 Uhr das Rollfeld betreten hätten. Eine Person sei inzwischen in Gewahrsam genommen worden, die zweite sei kurz nach 21.30 Uhr noch flüchtig gewesen. Dabei handele es sich voraussichtlich um Personen, die aus dem Ausreisegewahrsam geflüchtet seien. Am Flughafen wurden die aufgeschobenen Flüge nach der Freigabe abgearbeitet. Die Passagiere hätten in der Zwischenzeit im Terminal gewartet und Verständnis gezeigt, sagte Sprecherin Janet Niemeyer. Nach Informationen der Flugsicherung in Bremen sind vier Maschinen, die ursprünglich in Hamburg landen sollten, dorthin umgeleitet worden. Weitere acht Maschinen seien in Hannover gelandet, wie dort ein Sprecher auf Anfrage mitteilte. *lno/sh:z*

Anklage: Drogenhandel
bei Staatsanwaltschaft

KIEL Sie waren die Herren der Asservatenkammer bei der Staatsanwaltschaft Kiel – und sollen sich bei den beschlagnahmten Drogen bedient haben, um sie zu verkaufen. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Itzehoe Anklage gegen die beiden ehemaligen Asservatenverwalter erhoben. Sprecher Peter Müller-Rakow: „Wir legen ihnen 20 Fälle zur Last, in denen amtlich verwahrte Betäubungsmittel mit dem Ziel des Verkaufs entwendet wurden.“ In 17 Fällen habe es sich dabei, um „nicht geringe Mengen“ gehandelt. Nach Informationen unserer Zeitung war es Marihuana, Kokain und Heroin. Letztlich verkauft worden seien Drogen in elf Fällen. Die Anklage wirft den beiden Justizwachmeistern, die in U-Haft sitzen, den Handel mit Betäubungsmitteln sowie gewerbsmäßige Bestechlichkeit vor. Einer der Männer muss sich darüber hinaus für Unterschlagung verantworten, weil er weitere Asservate gestohlen hat. Es handelt sich dabei aber nicht um die verschwundenen Rocker-Kutten und Laptops. *ge*

Land schafft neuen
Posten für Muhlack

Abgesetzte Polizeispitze: Innenminister Grote löst erstes Personalproblem

KIEL Erst drei Monate Urlaub, dann eine neue Aufgabe im Verbraucherschutzministerium: Der Postenpoker um den in der Kritik stehenden Chef der Polizeiabteilung im Innenministerium, Jörg Muhlack, ist beendet. Wie Innenminister Hans-Joachim Grote gestern mitteilte, wird der Beamte mit Wirkung zum 15. Februar 2018 in das Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung versetzt und dort mit der Leitung der Abteilung Verbraucherschutz betraut. „Ich bin froh, dass es gelungen ist, diese von Beginn an von mir als einvernehmlich angestrebte Lösung zu erreichen. Ich danke Jörg Muhlack für seine langjährige Arbeit sowohl im Polizeidienst als auch als Abteilungsleiter des Innenministeriums“, erklärte Grote. Muhlack scheidet bereits zum 15. November „unter freistellender Abgeltung erheblicher geleisteter Mehrarbeit aus der Vergangenheit“ aus dem Innenministerium aus, wie es im Behördendeutsch heißt. Die Stelle soll nun ausgeschrieben werden, in dieser Übergangszeit führt Muhlacks bisherige Stellvertreterin, Silke Detering, die Abteilung.

Muhlacks neue Stelle im Justiz- und Verbraucherschutzministerium unter Sabine Sütterlin-Waack (CDU) wird neu geschaffen. Ein Ministeriensprecher gestern: „Diese Entscheidung ist zwischen den Leitungen des Innen- und Justizministeriums gemeinsam vereinbart worden. Im Zuge des Neuzuschnitts der Ressorts wird die Verbraucherschutzabteilung derzeit neu aufgestellt. Die Stelle des Abteilungsleiters

ist derzeit vakant. Herr Muhlack ist ein Verwaltungsfachmann mit langjähriger Führungserfahrung. Wir sind davon überzeugt, dass er die Aufgaben bei der Aufstellung der neuen Abteilung Verbraucherschutz sehr gut bewältigen wird.“

Grote hatte seine Entscheidung, Muhlack und den Landespolizeidirektor Ralf Höhs abzulösen, mit fehlendem Vertrauen zu den beiden Spitzenbeamten erklärt: „Wir brauchen Impulse für eine neue Führungskultur, die von gegenseitigem Vertrauen durch alle Ebenen



Hans-Joachim Grote
Innenminister

„Ich danke Jörg Muhlack für seine langjährige Arbeit.“

geprägt ist.“ Im Kabinett sowie in vertraulichen Sitzungen der Regierungsfaktionen in dieser Woche hatte er seine Personalentscheidungen begründet. Dabei nannte der Minister konkrete Vorfälle, die aus seiner Sicht eine weitere Zusammenarbeit insbesondere mit Jörg Muhlack unmöglich machen. Aus Fraktionskreisen hieß es dazu, Grote habe von der Festnahme eines terrorverdächtigen Syrers in Büchen (Kreis Herzogtum Lauenburg) aus der Zeitung erfahren. Von einer gemeinsamen Anti-Terror-Übung von Landespolizei und GSG 9 habe er eher zufällig Kenntnis erhalten, und nach Sturm „Herwart“ habe das Lagezentrum seinem Büro Infor-

mationen verweigert und auf dem Dienstweg über den Abteilungsleiter Muhlack bestanden.

Zugleich hatte der Minister immer wieder betont, den beiden keine dienst- oder strafrechtlichen Verfehlungen vorzuwerfen. Daher kann Grote die beiden Lebenszeit-Beamten nur einvernehmlich und „amtsangemessen“ versetzen. Das heißt auf Deutsch, es muss eine Planstelle mit derselben Besoldungsstufe gefunden werden. Der Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium ist nach Besoldungsgruppe B 5 eingestuft und erhält ein Grundgehalt von 8486,84 Euro plus personenabhängigen Zuschlägen wie Familiengeld oder vermögenswirksamen Leistungen. Von diesen Spitzenposten gibt es beim Land nur 35 Stellen, 31 davon sind zurzeit besetzt. Das hatte die Möglichkeiten für eine weitere Verwendung von Muhlack im Landesdienst extrem eingeschränkt.

Noch schwieriger wird dies bei Höhs. Der Landespolizeidirektor, der nach dem Willen von Grote seinen Posten ebenfalls räumen soll, erhält Besoldungsgruppe B 3 und verdient 7543,52 Euro Grundgehalt. Allerdings gibt es davon beim Land nur acht Stellen, und die sind zurzeit nach Auskunft der Staatskanzlei alle besetzt. In den kommenden zwölf Monaten wird eine einzige dieser Stellen frei. Ob Höhs fachlich dafür geeignet ist, ist offen. Angeblich gibt es inzwischen Überlegungen, dem Landespolizeidirektor, der Jahrgang 1960 ist, eine Brücke in den vorzeitigen Ruhestand zu bauen.

Dieter Schulz

Wer vermisst diesen Fuchs?



DPA

LÜBECK „Ausgesetzt“ oder „entführt“ – ein ausgestopfter Fuchs gibt der Lübecker Polizei Rätsel auf. Das täuschend echt aussehende Tierpräparat wurde gestern auf dem Parkplatz eines Alten- und Pflegeheims im Stadtteil Kücknitz gefunden. Mitarbeiter des Heimes hatten den ausgestopften Meister Reinecke zunächst für eine tote Katze gehalten und die Polizei gerufen, sagte ein Polizeisprecher. Vor Ort fanden die Beamten dann den etwa 70 Zentimeter hohen Fuchs. Das Tierpräparat sei gut erhalten und weise keine witterungsbedingten Schäden auf, sagte der Polizeisprecher. Möglicherweise stamme der Fuchs aus einem Diebstahl oder sei von seinem Besitzer gezielt in dem Gebüsch „ausgesetzt“ worden, sagte der Sprecher. *lno*

Trennungsgeld-Affäre: Gericht sieht keinen Betrug

KIEL Erleichterung bei zwei Polizisten, gegen die wegen Betrugs beim Trennungsgeld ermittelt worden war: Gegen einen Beamten aus Süsel (Kreis Ostholstein) hat die Staatsanwaltschaft Kiel das Verfahren eingestellt. Beim zweiten Beamten aus Owschlag (Kreis Rendsburg-Eckernförde) bestätigte das Landgericht Kiel den sogenannten „Nichteröffnungsbeschluss“ des Amtsgerichts Eckernförde.

Der Fall hatte Wellen geschlagen: Hartmut Brennei-

sen, der ehemalige Dekan der Polizei-Akademie und Ex-Vizepräsident der Fachhochschule in Altenholz soll versucht haben, den beiden Mitarbeitern mit einem Trick Trennungsgeld zu verschaffen (wir berichteten). Der Beamte aus Süsel sagte unserer Zeitung mit Blick auf seinen Fall: „Jetzt sind alle Vorwürfe vom Tisch. Ohne Wenn und Aber. Es gab keine Täuschung und keine Bereicherungsabsicht.“

Die Staatsanwaltschaft hatte wegen Betrugs gegen

die beiden Mitarbeiter ermittelt – und gegen Brenneisen wegen Beihilfe dazu. Sie war überzeugt davon, dass durch eine Rückdatierung von Dienstantritten Trennungsgeld erschwindelt werden sollte. Für Brenneisen und den Mitarbeiter aus Owschlag beantragte sie Strafbefehle. Doch die schmetterte das zuständige Amtsgericht Eckernförde ab. Begründung: Da die Rückdatierung offensichtlich war, wurde niemand getäuscht. Und somit gab es auch keinen Betrug.

Die Staatsanwaltschaft legte Beschwerde ein, erzielte damit jedoch nur bei Brenneisen einen Teilerfolg. Zwar gab es keinen Betrug und damit auch keine Beihilfe, wohl aber steht der Verdacht der Untreue weiter im Raum. Brenneisen soll durch die Aktion seine Vermögensbetreuungspflicht verletzt haben.

Gegen ihn wird außerdem ermittelt, weil er seine Kinder in Altenholz als Lehrer beschäftigt haben soll, obwohl sie keine Qualifikation dafür hatten. *ge*

Günther beglückwünscht Nachwuchs-Politiker

KIEL Eigentlich zählt Daniel Günther fast selbst noch zum Politikernachwuchs. Der mit 44 Jahren zurzeit jüngste Ministerpräsident gehörte jedoch beim Abschluss des 6. Seminars des Vereins zur Förderung der Politischen Nachwuchsbildung auf Gut Projensdorf sprichwörtlich zum alten Eisen. 20 politisch interessierte Frauen und Männer erhielten von Günther im feierlichen Rahmen ihr Abschlusszertifikat. „Alle klagen über fehlenden Politikernachwuchs – wir haben ihn“, bilanzierte der Vereinsvorsitzende, der Bundestagsabgeordnete Philipp Murmann, stolz.



Sie haben ihr Zertifikat in der Hand: Junge Menschen, die sich politisch haben weiterbilden lassen.

RUFF

In den vergangenen zehn Jahren hat der Verein rund 100 jungen Bürgern durch das über jeweils 18 Monate angelegte parteiunabhängige Seminarprogramm einen grundlegenden Einblick in Ziele und Strukturen der politischen In-

stitutionen unseres Staates, der Parteien, der Wirtschaft und Verbände sowie der gesellschaftlich tragenden Institutionen vermittelt. Neben Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen werden ein Rhetoriktraining und ein Seminar

zum kommunalpolitischen Führerschein geboten; außerdem müssen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach wissenschaftlichen Kriterien eine Seminararbeit fertigen.

Bewerben können sich junge Menschen, die nicht älter als 35 Jahre sind, über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Studium verfügen oder noch im Studium sind und die sich politisch betätigen wollen. Dem Vorstand des Vereins gehören neben Philipp Murmann unter anderem der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer sowie Christian von Boetticher und Reinhardt Hassenstein an. *dds*

> www.politiknachwuchs.de

sh:z das medienhaus

Poetisches Faltwerk

Zauberhafte Miniobjekte aus Papier

Lesen Sie mehr in der aktuellen LandGang-Ausgabe!

Erhältlich im Zeitschriftenhandel, im sh:z Kundencenter oder unter www.lieblingswelt.de

www.landgang.sh

Foto: Marcus Dewanger